Stand: 04.12.2025 17:07:11

Vorgangsmappe für die Drucksache 19/4671

"Islamistischen Terrorismus in Bayern effektiv bekämpfen - Sofortmaßnahmen umsetzen"

Vorgangsverlauf:

1. Initiativdrucksache 19/4671 vom 22.01.2025
2. Beschlussempfehlung mit Bericht 19/5894 des KI vom 18.03.2025
3. Plenarprotokoll Nr. 47 vom 01.04.2025
4. Beschluss des Plenums 19/6646 vom 13.05.2025
5. Plenarprotokoll Nr. 50 vom 13.05.2025

Bayerischer Landtag

19. Wahlperiode 22.01.2025 **Drucksache 19/4671**

Antrag

der Abgeordneten **Christiane Feichtmeier, Horst Arnold, Holger Grießhammer, Volkmar Halbleib, Nicole Bäumler, Florian von Brunn, Martina Fehlner, Sabine Gross, Ruth Müller, Anna Rasehorn, Doris Rauscher, Markus Rinderspacher, Harry Scheuenstuhl, Dr. Simone Strohmayr, Arif Taşdelen, Ruth Waldmann, Katja Weitzel** und **Fraktion (SPD)**

Islamistischen Terrorismus in Bayern effektiv bekämpfen – Sofortmaßnahmen umsetzen

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird aufgefordert, den Kampf gegen Islamismus in Bayern zu intensivieren und dabei insbesondere als Konsequenz aus der Sachverständigenanhörung des Ausschusses für Kommunale Fragen, Innere Sicherheit und Sport am 5. Dezember 2024 folgende Maßnahmen zu prüfen und dem Landtag über das Ergebnis der Prüfung zu berichten:

– eine weitere materielle (Sachausstattung Soft-/Hardware etc.) und personelle Stärkung der Bayerischen Polizei im Bereich der Internetermittlungen im Staatsschutz
– eine weitere materielle und personelle Stärkung im Bereich der Deradikalisierungsarbeit der Bayerischen Polizei (u. a. Aus- und Fortbildung, Netzwerkarbeit, Öffentlichkeitsarbeit)
– einen Ausbau zivilgesellschaftlicher Deradikalisierungsprogramme
– eine Ausweitung des staatlichen Islam-Unterrichts an Schulen
– Aufbau eines Übersetzer-Pools für relevante Sprachen
– Verbesserung und Ausweitung der Beobachtung sozialer Netzwerke

Begründung:

Bayern wird durch islamistischen Terrorismus bedroht. Zuletzt hat die radikal islamistische Gruppierung Islamischer Staat – Provinz Khorasan (ISPK) zu Anschlägen auf Großereignisse in verschiedenen Ländern aufgerufen und dabei auch das Oktoberfest ins Visier genommen. In Bayern leben derzeit 4 200 Personen, die islamistisches Gedankengut propagieren. Der Ausschuss für Kommunale Fragen, Innere Sicherheit und Sport hat am 5. Dezember 2024 Sachverständige angehört, die nicht nur die Bedrohungslage eindrucksvoll skizziert, sondern auch ein Bündel an Maßnahmen vorgeschlagen haben, um islamistischem Terrorismus in Bayern effektiv zu begegnen. Behörden und Institutionen zeigen sich – auch mit internationaler Hilfe – sehr engagiert im Kampf gegen Islamismus, aber es gilt, diesen Kampf weiter zu intensivieren. Auch die Migrationspolitik müsse mit Terrorismusbekämpfung verknüpft werden, da zuletzt die meisten Anschlagsverdächtigen in Deutschland einen Fluchthintergrund hatten. Auch wenn diese nur einen verschwindend geringen Anteil unter den Geflüchteten darstellen, ist hier eine verstärkte Präventionsarbeit etwa in Flüchtlingsunterkünften notwendig.

Drucksachen, Plenarprotokolle sowie die Tagesordnungen der Vollversammlung und der Ausschüsse sind im Internet unter www.bayern.landtag.de - Dokumente abrufbar. Die aktuelle Sitzungsübersicht steht unter www.bayern.landtag.de – Aktuelles/Sitzungen zur Verfügung.

Das Landeskriminalamt erläuterte in seiner Stellungnahme, dass eine Reduzierung der Gefahr des islamistischen Terrorismus insbesondere durch eine weitere materielle (Sachausstattung Soft-/Hardware etc.) und personelle Stärkung der Bayerischen Polizei im Bereich der Internetermittlungen im Staatsschutz erfolgen könne. Hierdurch ließe sich sowohl die Strafverfolgung als auch die Prävention (Gefährdermanagement etc.) stärken. Zudem ließe sich die Effektivität im Bereich der Deradikalisierungsarbeit ebenfalls durch materielle und personelle Stärkung erhöhen. Hierzu zählen eine grundsätzliche Stellenmehrung aufgrund der vielfältigen Aufgabengebiete (u. a. Aus- und Fortbildung, Netzwerkarbeit, wissenschaftliche Projekte, Gremienarbeit, Öffentlichkeitsarbeit) sowie die Verstetigung von drittmittelfinanzierten Projektstellen.

Ebenfalls wurde für eine Ausweitung des staatlichen Islam-Unterrichts an Schulen plädiert. Fundiertes und wissenschaftlich aufbereitetes religiöses Wissen schütze nachweisbar vor Radikalisierung.

Die Anhörung hat auch gezeigt, dass die Strafverfolgungsbehörden nur unzureichend auf zuverlässige Übersetzer der hier relevanten Sprachen (u. a. arabisch, russisch) zurückgreifen können, obwohl eine Vielzahl von Dokumenten oder Gesprächen ausgewertet werden muss.

Das Internet spielt eine große Rolle bei der Radikalisierung junger Islamisten. Insbesondere über soziale Netzwerke wird islamistische Propaganda verbreitet. Die islamistische Szene muss daher in den sozialen Netzwerken besser überwacht werden, die Betreiber der Netzwerke müssen zur Kooperation, vor allem zur Löschung islamistischer Inhalte, angehalten werden.

Die Staatsregierung ist daher aufgefordert, Konsequenzen aus den Ergebnissen der Sachverständigenanhörung zu ziehen und die Einführung der geforderten Maßnahmen zu prüfen, um den Kampf gegen islamistischen Terrorismus in Bayern zu intensivieren.

Bayerischer Landtag

19. Wahlperiode 18.03.2025 **Drucksache** 19/**5894**

Beschlussempfehlung und Bericht

des Ausschusses für Kommunale Fragen, Innere Sicherheit und Sport

Antrag der Abgeordneten Christiane Feichtmeier, Horst Arnold, Holger Grießhammer u.a. und Fraktion (SPD)
Drs. 19/**4671**

Islamistischen Terrorismus in Bayern effektiv bekämpfen - Sofortmaßnahmen umsetzen

I. Beschlussempfehlung:

Ablehnung

Berichterstatterin: **Christiane Feichtmeier**
Mitberichterstatter: **Holger Dremel**

II. Bericht:

1. Der Antrag wurde dem Ausschuss für Kommunale Fragen, Innere Sicherheit und Sport federführend zugewiesen. Der Ausschuss für Bundes- und Europaangelegenheiten sowie regionale Beziehungen hat den Antrag mitberaten.
2. Der federführende Ausschuss hat den Antrag in seiner 24. Sitzung am 26. Februar 2025 beraten und mit folgendem Stimmergebnis:
   CSU: Ablehnung
   FREIE WÄHLER: Ablehnung
   AfD: Ablehnung
   B90/GRÜ: Zustimmung
   SPD: Zustimmung
   Ablehnung empfohlen.
3. Der Ausschuss für Bundes- und Europaangelegenheiten sowie regionale Beziehungen hat den Antrag in seiner 24. Sitzung am 18. März 2025 mitberaten und mit folgendem Stimmergebnis:
   CSU: Ablehnung
   FREIE WÄHLER: Ablehnung
   AfD: Ablehnung
   B90/GRÜ: Zustimmung
   SPD: Zustimmung
   Ablehnung empfohlen.

Florian Siekmann
Stellvertretender Vorsitzender

Drucksachen, Plenarprotokolle sowie die Tagesordnungen der Vollversammlung und der Ausschüsse sind im Internet unter www.bayern.landtag.de - Dokumente abrufbar. Die aktuelle Sitzungsübersicht steht unter www.bayern.landtag.de – Aktuelles/Sitzungen zur Verfügung.

Redner zu nachfolgendem Tagesordnungspunkt

Präsidentin Ilse Aigner

Präsidentin Ilse Aigner: Ich rufe **Tagesordnungspunkt 2** auf:

Abstimmung

über Europaangelegenheiten und Anträge, die gem. § 59 Abs. 7 der Geschäftsordnung nicht einzeln beraten werden (s. Anlage)

Hinsichtlich der jeweiligen Abstimmungsgrundlagen mit den einzelnen Voten der Fraktionen verweise ich auf die endgültige Abstimmliste.

(Siehe Anlage)

Wer mit der Übernahme seines Abstimmungsverhaltens bzw. des jeweiligen Abstimmungsverhaltens seiner Fraktion entsprechend der endgültigen Abstimmliste einverstanden ist, den bitte ich um das Handzeichen. – Das ist das gesamte Hohe Haus. Gegenstimmen? – Keine. Stimmenhaltungen? – Keine. Damit übernimmt der Landtag diese Voten.

Beschlussempfehlungen der Ausschüsse, die der Abstimmung über die nicht einzeln zu beratenden Europaangelegenheiten und Anträge zugrunde gelegt wurden (Tagesordnungspunkt 2)

Es bedeuten:

(E)	einstimmige Zustimmungsempfehlung des Ausschusses
(G)	Zustimmungsempfehlung des Ausschusses mit Gegenstimmen
(ENTH)	Zustimmungsempfehlung des Ausschusses mit Enthaltungen oder Enthaltung einer Fraktion im Ausschuss
(A)	Ablehnungsempfehlung des Ausschusses oder Ablehnung einer Fraktion im Ausschuss
(Z)	Zustimmung einer Fraktion im Ausschuss

Europaangelegenheiten

1. Konsultationsverfahren der Europäischen Union

   Unternehmen und Industrie
   Zukunft der europäischen Automobilindustrie
   30.01.2025 - 13.02.2025
   Drs. 19/5120, 19/6006 (E)

   Votum des federführenden Ausschusses für Bundes- und Europaangelegenheiten sowie regionale Beziehungen

   Die EU-Konsultation wird zur Kenntnis genommen.

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
Z	Z	Z	Z	Z

2. Konsultationsverfahren der Europäischen Union

   Maritime Angelegenheiten und Fischerei
   Gemeinsame Fischereipolitik – Bewertung
   27.01.2025 - 21.04.2025
   Drs. 19/5121, 19/6035 (E)

   Votum des federführenden Ausschusses für Bundes- und Europaangelegenheiten sowie regionale Beziehungen

   Die EU-Konsultation wird zur Kenntnis genommen.

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
Z	Z	Z	Z	Z

Anträge

3. Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Holger Grießhammer, Markus Rinderspacher, Volkmar Halbleib u.a. und Fraktion (SPD)
   Freihandel statt Protektionismus: Mercosur-Abkommen sichern
   Drs. 19/4608, 19/5921 (A)

   Über den Antrag wird gesondert beraten.

4. Antrag der Abgeordneten Christiane Feichtmeier, Horst Arnold, Holger Grießhammer u.a. und Fraktion (SPD)
   Islamistischen Terrorismus in Bayern effektiv bekämpfen – Sofortmaßnahmen umsetzen
   Drs. 19/4671, 19/5894 (A)

   Über den Antrag wird gesondert beraten.

5. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Johannes Becher, Andreas Hanna-Krahl u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
   Ein barrierefreies Gesundheitssystem für Alle – damit der Praxisbesuch nicht schon an der Türschwelle scheitert
   Drs. 19/4675, 19/5906 (ENTH)

   Votum des federführenden Ausschusses für Gesundheit, Pflege und Prävention

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
Z	Z	Z	Z	ENTH

6. Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Holger Grießhammer, Ruth Waldmann, Dr. Simone Strohmayr u.a. und Fraktion (SPD)
Psychiatrische und psychotherapeutische Versorgung in Bayern verbessern
Drs. 19/4729, 19/5907 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Gesundheit, Pflege und Prävention

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
A	A	A	Z	Z

7. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Johannes Becher, Sanne Kurz u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Bayern trägt Verantwortung! – Transparenz und Digitalisierung in der Provenienzforschung vorantreiben
Drs. 19/4743, 19/5911 (G)

Votum des federführenden Ausschusses für Wissenschaft und Kunst

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
Z	Z	A	Z	Z

8. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Johannes Becher, Sanne Kurz u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Einsatz von künstlicher Intelligenz im Journalismus transparent gestalten!
Drs. 19/4755, 19/5912 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Wissenschaft und Kunst

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
A	A	A	Z	Z

9. Antrag der Abgeordneten Ruth Müller, Florian von Brunn, Sabine Gross u.a. SPD
Potenziale von Biomasse aus Land- und Forstwirtschaft als Alternative zu fossilen Rohstoffimporten
Drs. 19/4756, 19/5889 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Ernährung, Landwirtschaft, Forsten und Tourismus

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
A	A	A	Z	Z

10. Antrag der Abgeordneten Bernhard Seidenath, Thomas Huber, Prof. Dr. Winfried Bausback u.a. CSU, Florian Streibl, Felix Locke, Susann Enders u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Psychische Gesundheit stärken I: Einrichtung eines „Lehrstuhls für Kinder- und Jugendpsychiatrie“
Drs. 19/4790, 19/5913 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für Wissenschaft und Kunst

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
Z	Z	Z	Z	Z

11. Antrag der Abgeordneten Bernhard Seidenath, Thomas Huber, Prof. Dr. Winfried Bausback u.a. CSU, Florian Streibl, Felix Locke, Susann Enders u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Psychische Gesundheit stärken II: Präventionsgesetz ergänzen
Drs. 19/4791, 19/5908 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für Gesundheit, Pflege und Prävention

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
Z	Z	Z	Z	Z

12. Antrag der Abgeordneten Bernhard Seidenath, Thomas Huber, Prof. Dr. Winfried Bausback u.a. CSU, Florian Streibl, Felix Locke, Susann Enders u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Psychische Gesundheit stärken III: Bedarf an Kinder- und Jugendpsychotherapeuten gesondert beplanen
Drs. 19/4792, 19/5909 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für Gesundheit, Pflege und Prävention

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
Z	Z	Z	Z	Z

13. Antrag der Abgeordneten Josef Zellmeier, Alex Dorow, Petra Guttenberger u.a. CSU
Verbesserung des Opferschutzes
Drs. 19/4798, 19/6010 (G)

Votum des federführenden Ausschusses für Verfassung, Recht, Parlamentsfragen und Integration

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
Z	Z	A	ENTH	Z

14. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Johannes Becher, Dr. Sabine Weigand u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Denkmalschutz entbürokratisieren: Digitale Plattform für Denkmalfördermittel einrichten und Antragsverfahren beschleunigen
Drs. 19/4799, 19/5914 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Wissenschaft und Kunst

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
A	A	A	Z	ENTH

15. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Johannes Becher, Dr. Sabine Weigand u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Denkmalschutz entbürokratisieren: Neufassung der Vollzugsvorschriften des Bayerischen Denkmalschutzgesetzes
Drs. 19/4800, 19/5915 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Wissenschaft und Kunst

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
A	A	A	Z	ENTH

16. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Johannes Becher, Dr. Sabine Weigand u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Denkmalschutz entbürokratisieren:
Regelung für bewegliche Denkmäler streichen
Drs. 19/4801, 19/5916 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Wissenschaft und Kunst

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
A	A	A	Z	ENTH

17. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Johannes Becher, Dr. Sabine Weigand u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Denkmalschutz entbürokratisieren:
Verfahrensfreiheit für Photovoltaikanlagen
Drs. 19/4802, 19/5917 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Wissenschaft und Kunst

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
A	A	A	Z	ENTH

18. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Johannes Becher, Toni Schuberl u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Stiftung Opferhilfe Bayern stärken, Parallelstrukturen vermeiden
Drs. 19/4806, 19/6011 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Verfassung, Recht, Parlamentsfragen und Integration

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
A	A	A	Z	**ohne**

Die SPD-Fraktion hat beantragt, das Votum **„Enthaltung“** zugrunde zu legen.

19. Antrag der Abgeordneten Ruth Müller, Florian von Brunn, Sabine Gross u.a. SPD
Bio boomt: Bäuerinnen und Bauern bei Umstellung auf ökologische Landwirtschaft unterstützen
Drs. 19/4807, 19/5890 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Ernährung, Landwirtschaft, Forsten und Tourismus

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
A	A	A	Z	Z

20. Antrag der Abgeordneten Rene Dierkes, Christoph Maier, Martin Böhm u.a. und Fraktion (AfD)
Für ein Ende der Richterrotation und gegen den Laufbahnwechsel zwischen der Staatsanwaltschaft und dem Richteramt in der Justiz
Drs. 19/4879, 19/6012 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Verfassung, Recht, Parlamentsfragen und Integration

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
A	A	Z	A	A

21. Antrag der Abgeordneten Rene Dierkes, Martin Böhm, Dieter Arnold u.a. und Fraktion (AfD)
Regelüberprüfung der Schutzberechtigung wieder einführen – Asyl ist Schutz auf Zeit, kein Vehikel der Einwanderung
Drs. 19/4894, 19/6013 (A)

Über den Antrag wird gesondert beraten.

22. Antrag der Abgeordneten Ferdinand Mang, Benjamin Nolte, Ulrich Singer und Fraktion (AfD)
Bericht über die Planungen und Fortschritte zur weiteren Nutzung des Nürnberger Fernmeldeturmes
Drs. 19/4896, 19/5918 (A)

Über den Antrag wird gesondert beraten.

23. Antrag der Abgeordneten Kerstin Schreyer, Maximilian Böltl, Martin Wagle u.a. CSU,
Florian Streibl, Felix Locke, Prof. Dr. Michael Piazolo u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Vom Patent zum Produkt – Transfer von Wissenschaft in die Wirtschaft stärken
Drs. 19/4897, 19/5919 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für Wissenschaft und Kunst

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
Z	Z	Z	Z	Z

24. Antrag der Abgeordneten Andreas Jurca, Andreas Winhart, Johann Müller und Fraktion (AfD)
Keine Grunderwerbsteuer auf die erste, selbst genutzte Immobilie!
Drs. 19/4970, 19/5936 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Staatshaushalt und Finanzfragen

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
A	A	Z	A	A

25. Antrag der Abgeordneten Rene Dierkes, Christoph Maier, Martin Böhm u.a. und Fraktion (AfD)
Streichung des § 188 StGB
Drs. 19/4973, 19/6014 (A)

Über den Antrag wird gesondert beraten.

26. Antrag der Abgeordneten Ralf Stadler, Harald Meußgeier, Gerd Mannes und Fraktion (AfD)
Folgen der Einstellung der Schweineschlachtung in Augsburg
Drs. 19/4984, 19/5891 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Ernährung, Landwirtschaft, Forsten und Tourismus

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
A	A	Z	A	A

27. Antrag der Abgeordneten Ralf Stadler, Gerd Mannes, Harald Meußgeier und Fraktion (AfD)
Wirtshaussterben aufhalten – Spezielle Raucherlokale gestatten
Drs. 19/4988, 19/5892 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Ernährung, Landwirtschaft, Forsten und Tourismus

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
A	A	Z	A	A

28. Antrag der Abgeordneten Ralf Stadler, Gerd Mannes, Franz Bergmüller u.a. und Fraktion (AfD)
Bayerische Tourismusbranche zukunftsfähig aufstellen – Steuergesetzgebung anpassen
Drs. 19/4991, 19/5937 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Staatshaushalt und Finanzfragen

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
A	A	Z	A	A

29. Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Holger Grießhammer, Sabine Gross, Ruth Müller u.a. und Fraktion (SPD)
Deutschlandticket dauerhaft sichern
Drs. 19/5005, 19/5938 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Staatshaushalt und Finanzfragen

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
A	A	A	Z	Z

30. Antrag der Abgeordneten Rene Dierkes, Martin Böhm, Dieter Arnold u.a. und Fraktion (AfD)
Vermeidung von doppelter oder mehrfacher Staatsbürgerschaft wieder zum Leitprinzip erheben
Drs. 19/5006, 19/6015 (A)

Über den Antrag wird gesondert beraten.

31. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Johannes Becher, Florian Siekmann u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Gemeinsam gegen islamistischen Terrorismus I – Online-Radikalisierung verfolgen und bekämpfen!
Drs. 19/5026, 19/5895 (A)

Über den Antrag wird gesondert beraten.

32. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Johannes Becher, Florian Siekmann u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Gemeinsam gegen islamistischen Terrorismus II – Ein Update für die Prävention und Radikalisierungsforschung!
Drs. 19/5027, 19/5896 (A)

Über den Antrag wird gesondert beraten.

33. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Johannes Becher, Florian Siekmann u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Gemeinsam gegen islamistischen Terrorismus III – Terrorfinanzierung austrocknen!
Drs. 19/5028, 19/5897 (A)

Über den Antrag wird gesondert beraten.

34. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Johannes Becher, Florian Siekmann u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Gemeinsam gegen islamistischen Terrorismus IV – Zusammenarbeit der Sicherheitsbehörden voranbringen!
Drs. 19/5029, 19/5898 (A)

Über den Antrag wird gesondert beraten.

35. Antrag der Abgeordneten Jörg Baumann, Richard Graupner, Florian Köhler u.a. und Fraktion (AfD)
„Olaf Scholz begleitet die Einbürgerung einer türkischen Staatsbürgerin ohne Deutschkenntnisse in Nürnberg – Information der Staatsregierung“
Drs. 19/5083, 19/6016 (A)

Über den Antrag wird gesondert beraten.

36. Antrag der Abgeordneten Jörg Baumann, Richard Graupner, Florian Köhler und Fraktion (AfD)
Bayern muss Konsequenzen aus islamistischen Anschlägen ziehen!
Drs. 19/5084, 19/5899 (A)

Über den Antrag wird gesondert beraten.

37. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Johannes Becher, Paul Knoblach u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Mehr Therapieplätze, weniger Wartezeit:
Lösung für Sonderbedarfszulassungen
Drs. 19/5086, 19/5910 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Gesundheit, Pflege und Prävention

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
Z	Z	Z	Z	Z

38. Antrag der Abgeordneten Benjamin Nolte, Ferdinand Mang, Ulrich Singer und Fraktion (AfD)
Zurück zu Deutsch als Wissenschaftssprache
Drs. 19/5097, 19/5920 (A)

Über den Antrag wird gesondert beraten.

39. Antrag der Abgeordneten Holger Dremel, Thomas Huber, Prof. Dr. Winfried Bausback u.a. CSU,
Florian Streibl, Felix Locke, Wolfgang Hauber u.a.
und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Keine Toleranz für die Intoleranten – Islamismus transparent machen und umfassend bekämpfen I:
Entwicklung eines Bund-Länder-Aktionsplans gegen Islamismus
Drs. 19/5098, 19/5900 (G)

Über den Antrag wird gesondert beraten.

40. Antrag der Abgeordneten Holger Dremel, Thomas Huber, Prof. Dr. Winfried Bausback u.a. CSU, Florian Streibl, Felix Locke, Wolfgang Hauber u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Keine Toleranz für die Intoleranten – Islamismus transparent machen und umfassend bekämpfen II: Maßnahmen zur Transparenz der Auslandsfinanzierung von Moschee-Vereinen in Deutschland
Drs. 19/5099, 19/5901 (G)

Über den Antrag wird gesondert beraten.

41. Antrag der Abgeordneten Holger Dremel, Thomas Huber, Prof. Dr. Winfried Bausback u.a. CSU, Florian Streibl, Felix Locke, Wolfgang Hauber u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Keine Toleranz für die Intoleranten – Islamismus transparent machen und umfassend bekämpfen III: Prüfung der Einrichtung einer bundesweiten multidisziplinären Dokumentationsstelle „Politischer Islamismus“
Drs. 19/5100, 19/5902 (E)

Über den Antrag wird gesondert beraten.

42. Antrag der Abgeordneten Holger Dremel, Thomas Huber, Prof. Dr. Winfried Bausback u.a. CSU, Florian Streibl, Felix Locke, Wolfgang Hauber u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Keine Toleranz für die Intoleranten – Islamismus transparent machen und umfassend bekämpfen IV: Präventionsarbeit gegen Islamismus weiter ausbauen
Drs. 19/5101, 19/5903 (G)

Über den Antrag wird gesondert beraten.

43. Antrag der Abgeordneten Holger Dremel, Barbara Becker, Thomas Huber u.a. CSU, Florian Streibl, Felix Locke, Wolfgang Hauber u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Keine Toleranz für die Intoleranten – Islamismus transparent machen und umfassend bekämpfen V: Mädchen und Frauen schützen! Stärkung der Strukturen gegen Zwangsheirat und Verschleppung, Schaffung einer Melde- und Koordinationsstelle
Drs. 19/5102, 19/5904 (E)

Über den Antrag wird gesondert beraten.

44. Antrag der Abgeordneten Holger Dremel, Thomas Huber, Prof. Dr. Winfried Bausback u.a. CSU, Florian Streibl, Felix Locke, Wolfgang Hauber u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Keine Toleranz für die Intoleranten – Islamismus transparent machen und umfassend bekämpfen VI: Islamistische Versammlungen unterbinden und Einzelpersonen genau ins Visier nehmen
Drs. 19/5103, 19/5905 (G)

Über den Antrag wird gesondert beraten.

45. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Johannes Becher, Laura Weber u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Stand und Zukunft des EU-Schulprogramms in Bayern
Drs. 19/5163, 19/5893 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für Ernährung, Landwirtschaft, Forsten und Tourismus

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
Z	Z	Z	Z	Z

46. Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Holger Grießhammer, Anna Rasehorn, Doris Rauscher u.a. und Fraktion (SPD)
Eine Frage der Generationengerechtigkeit – Absenkung des Wahlalters auf 16 Jahre
Drs. 19/5205, 19/6017 (A)

Über den Antrag wird gesondert beraten.

Bayerischer Landtag

19. Wahlperiode 13.05.2025 **Drucksache** 19/**6646**

Beschluss

des Bayerischen Landtags

Der Landtag hat in seiner heutigen öffentlichen Sitzung beraten und beschlossen:

Antrag der Abgeordneten **Christiane Feichtmeier, Horst Arnold, Holger Grießhammer, Volkmar Halbleib, Nicole Bäumler, Florian von Brunn, Martina Fehlner, Sabine Gross, Ruth Müller, Anna Rasehorn, Doris Rauscher, Markus Rinderspacher, Harry Scheuenstuhl, Dr. Simone Strohmayr, Arif Taşdelen, Ruth Waldmann, Katja Weitzel** und **Fraktion (SPD)**

Drs. 19/**4671**, 19/**5894**

Islamistischen Terrorismus in Bayern effektiv bekämpfen – Sofortmaßnahmen umsetzen

Ablehnung

Die Präsidentin

I.V.

Alexander Hold

II. Vizepräsident

Drucksachen, Plenarprotokolle sowie die Tagesordnungen der Vollversammlung und der Ausschüsse sind im Internet unter www.bayern.landtag.de - Dokumente abrufbar. Die aktuelle Sitzungsübersicht steht unter www.bayern.landtag.de – Aktuelles/Sitzungen zur Verfügung.

Redner zu nachfolgendem Tagesordnungspunkt

Erster Vizepräsident Tobias Reiß
Abg. Holger Dremel
Abg. Martin Böhm
Abg. Richard Graupner
Abg. Wolfgang Hauber
Abg. Florian Siekmann
Abg. Florian Köhler
Abg. Christiane Feichtmeier
Abg. Prof. Dr. Winfried Bausback
Abg. Jörg Baumann
Abg. Horst Arnold

Erster Vizepräsident Tobias Reiß: Ich rufe zur gemeinsamen Behandlung die **Tagesordnungspunkte 6 bis 17** auf:

Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Johannes Becher, Florian Siekmann u. a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Gemeinsam gegen islamistischen Terrorismus I - Online-Radikalisierung verfolgen und bekämpfen! (Drs. 19/5026)

und

Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Johannes Becher, Florian Siekmann u. a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Gemeinsam gegen islamistischen Terrorismus II - Ein Update für die Prävention und Radikalisierungsforschung! (Drs. 19/5027)

und

Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Johannes Becher, Florian Siekmann u. a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Gemeinsam gegen islamistischen Terrorismus III - Terrorfinanzierung austrocknen! (Drs. 19/5028)

und

Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Johannes Becher, Florian Siekmann u. a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Gemeinsam gegen islamistischen Terrorismus IV - Zusammenarbeit der Sicherheitsbehörden voranbringen! (Drs. 19/5029)

und

Antrag der Abgeordneten Christiane Feichtmeier, Horst Arnold, Holger Grießhammer u. a. und Fraktion (SPD)

Islamistischen Terrorismus in Bayern effektiv bekämpfen - Sofortmaßnahmen umsetzen (Drs. 19/4671)

und

Antrag der Abgeordneten
Holger Dremel, Thomas Huber, Prof. Dr. Winfried Bausback u. a. (CSU),
Florian Streibl, Felix Locke, Wolfgang Hauber u. a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Keine Toleranz für die Intoleranten - Islamismus transparent machen und umfassend bekämpfen I: Entwicklung eines Bund-Länder-Aktionsplans gegen Islamismus (Drs. 19/5098)

und

Antrag der Abgeordneten
Holger Dremel, Thomas Huber, Prof. Dr. Winfried Bausback u. a. (CSU),
Florian Streibl, Felix Locke, Wolfgang Hauber u. a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Keine Toleranz für die Intoleranten - Islamismus transparent machen und umfassend bekämpfen II: Maßnahmen zur Transparenz der Auslandsfinanzierung von Moschee-Vereinen in Deutschland (Drs. 19/5099)

und

Antrag der Abgeordneten
Holger Dremel, Thomas Huber, Prof. Dr. Winfried Bausback u. a. (CSU),
Florian Streibl, Felix Locke, Wolfgang Hauber u. a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Keine Toleranz für die Intoleranten - Islamismus transparent machen und umfassend bekämpfen III: Prüfung der Einrichtung einer bundesweiten multidisziplinären Dokumentationsstelle "Politischer Islamismus" (Drs. 19/5100)

und

Antrag der Abgeordneten
Holger Dremel, Thomas Huber, Prof. Dr. Winfried Bausback u. a. (CSU),
Florian Streibl, Felix Locke, Wolfgang Hauber u. a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Keine Toleranz für die Intoleranten - Islamismus transparent machen und umfassend bekämpfen IV: Präventionsarbeit gegen Islamismus weiter ausbauen (Drs. 19/5101)

und

Antrag der Abgeordneten
Holger Dremel, Barbara Becker, Thomas Huber u. a. (CSU),
Florian Streibl, Felix Locke, Wolfgang Hauber u. a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Keine Toleranz für die Intoleranten - Islamismus transparent machen und umfassend bekämpfen V: Mädchen und Frauen schützen! Stärkung der Strukturen gegen Zwangsheirat und Verschleppung, Schaffung einer Melde- und Koordinationsstelle (Drs. 19/5102)

und

Antrag der Abgeordneten
Holger Dremel, Thomas Huber, Prof. Dr. Winfried Bausback u. a. (CSU),
Florian Streibl, Felix Locke, Wolfgang Hauber u. a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Keine Toleranz für die Intoleranten - Islamismus transparent machen und umfassend bekämpfen VI: Islamistische Versammlungen unterbinden und Einzelpersonen genau ins Visier nehmen (Drs. 19/5103)

und

Antrag der Abgeordneten Jörg Baumann, Richard Graupner, Florian Köhler und Fraktion (AfD)

Bayern muss Konsequenzen aus islamistischen Anschlägen ziehen!

(Drs. 19/5084)

Ich eröffne die gemeinsame Aussprache. Die Gesamtredezeit der Fraktionen beträgt nach der Vereinbarung im Ältestenrat 51 Minuten. Die Redezeit der Staatsregierung orientiert sich wie immer an der Redezeit der stärksten Fraktion. Erster Redner ist der Kollege Holger Dremel. Bitte schön.

Holger Dremel (CSU): Sehr geehrter Herr Vizepräsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Am 5. Dezember 2024 haben wir hier als Innenausschuss eine Expertenanhörung durchgeführt, die sehr wichtige neue und gute Erkenntnisse gebracht und teilweise auch Bekanntes bestätigt hat. Am 26.03. haben wir im Innenausschuss über die vorliegenden Antragspakete beraten.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, liebe Gäste, in ihrem Antrag fordert die SPD, islamistischen Terrorismus in Bayern effektiv zu bekämpfen, und schlägt vor, die von ihr im Antrag aufgeführten Sofortmaßnahmen umzusetzen.

Meine Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen der SPD, das hättet ihr dreieinhalb Jahre lang selbst und sogar für ganz Deutschland regeln können;

(Toni Schuberl (GRÜNE): Und ihr hattet 16 Jahre Zeit!)

denn bekanntlich habt ihr die Bundesinnenministerin gestellt. Das Thema "Bekämpfung des islamistischen Terrorismus" wurde von Nancy Faeser wie so viele andere Themen im Bereich der inneren Sicherheit aber leider sträflich vernachlässigt. Werte SPD, deshalb wäre es sinnvoll gewesen, wenn Sie Ihre Vorschläge zur Bekämpfung des islamistischen Terrorismus bereits vor dreieinhalb Jahren an Frau Faeser geschickt hätten.

(Zuruf des Abgeordneten Horst Arnold (SPD))

Dann hätten Sie diese bereits für ganz Deutschland umsetzen können.

Meine Damen und Herren, das gilt aber auch für die Anträge der GRÜNEN, weil auch sie in den letzten dreieinhalb Jahren in Berlin in Regierungsverantwortung waren. Auch die GRÜNEN hätten diese Vorschläge umsetzen können und müssen. Aber auch hier Fehlanzeige.

Keine Frage, das ist ärgerlich.

(Volkmar Halbleib (SPD): Was hat denn der Seehofer gemacht?)

– Herr Kollege, es ist nicht erst seit den Anschlägen von Solingen, von Aschaffenburg und von München offenkundig, dass wir in Deutschland eine permanente Gefährdung durch islamistischen Terrorismus haben. Dabei – das hat der Experte für islamistischen Terrorismus Dr. Guido Steinberg in der Anhörung auch betont – handelt es sich bei den Einzeltätern der letzten Jahre in vielen Fällen um vermeintliche Flüchtlinge, die mehrheitlich seit 2014 aus Syrien eingereist sind. Diese Tatsache wollten viele in den vergangenen Jahren leider nicht wahrhaben.

Die SPD fordert in ihrem Antrag unter anderem eine weitere materielle Sachausstattung wie Software und Hardware und eine personelle Stärkung der bayerischen Polizei im Bereich der Internet-Ermittlungen beim Staatsschutz sowie eine weitere materielle und personelle Stärkung im Bereich der Deradikalisierungsarbeit der bayerischen Polizei. Die GRÜNEN fordern unter anderem, Online-Radikalisierung zu verfolgen und zu bekämpfen.

Meine Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen, es ist zu sagen: Dank der Politik der CSU, aber auch der Bayernkoalition, ist unsere Polizei gut aufgestellt.

(Beifall bei der CSU)

Sie ist personell ausreichend ausgestattet und damit auch in der Lage, die Aufgaben und Herausforderungen auch bei der Bekämpfung des islamistischen Terrorismus zu bewältigen. Selbstverständlich ermittelt die bayerische Polizei dabei auch im Internet und prüft auch regelmäßig Verbesserungsmöglichkeiten bei ihrer Organisationsstruk-

tur sowie beim Personaleinsatz. Ebenso wurden und werden die bestehenden und sich permanent weiterentwickelnden Bedarfe in den jährlichen Haushaltsplanungen berücksichtigt. Somit kann auf Entwicklungen entsprechend agil reagiert werden.

Liebe Kolleginnen und Kollegen insbesondere des Innenausschusses, auch die Fraktionsinitiative trägt dazu bei, dass wir zum Beispiel im Bereich des Landesamts für Verfassungsschutz mit Maßnahmen aufrüsten. Der Präsident des Verfassungsschutzes, Herr Hauser, hat dies in der letzten Ausschusssitzung am 07.05., als er den Verfassungsschutzbericht vorgestellt hat, auch betont.

Zur Forderung der GRÜNEN nach einem "Update für die Prävention und Radikalisierungsforschung" ist zu sagen, dass sich die Aufklärungs- und Präventionsprogramme der Staatsregierung bereits jetzt schon gezielt an alle relevanten Personenkreise richten und laufend entsprechend angepasst werden. Auch dieses Jahr veranstaltet das Bayerische Landesamt für Verfassungsschutz in Zusammenarbeit mit dem BLKA einen Fachtag zum Thema "Islamismusprävention und Deradikalisierung". Wer googelt, wird feststellen, er findet bereits übermorgen, am 14. und 15. Mai statt.

Das zeigt, liebe Kolleginnen und Kollegen, dass wir die Prävention sehr ernst nehmen und dass wir große Anstrengungen unternehmen, um eine frühzeitige Radikalisierung von Kindern und auch von Jugendlichen zu verhindern.

Um den Islamismus umfassend und vor allem effektiv bekämpfen zu können, müssen wir vor allem aber auch seine Strukturen und seine Finanzierung transparent machen. Deswegen schlagen wir von der CSU in unserem Antrag die Entwicklung eines Bund-Länder-Aktionsplans gegen Islamismus vor; denn wir brauchen bei der Prävention eine bessere Vernetzung und eine engere Zusammenarbeit der Sicherheitsbehörden, der Justiz und der Bildungs- und Betreuungseinrichtungen von Bund und Ländern.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Außerdem müssen wir wissen, welche Moschee-Vereinigungen in Deutschland vom Ausland finanziert werden und wer hinter dieser Finanzierung steckt. Es darf nicht länger sein, dass aus dem Ausland der Islamismus und der islamistisch gefärbte Nationalismus gefördert werden, die unsere freiheitliche demokratische Grundordnung bekämpfen. Die Finanzierung verfassungsfeindlicher Vereine durch ausländische Staaten, liebe Kolleginnen und Kollegen, muss und wird ein Ende haben. Wir bekämpfen das schnellstens und effektiv.

Ich möchte aber auch betonen, dass finanzielle Zuwendungen aus dem Ausland grundsätzlich nicht zu beanstanden sind, solange damit keine Strukturen in Deutschland gefördert werden, die islamistischen Akteuren oder Organisationen im In- oder Ausland nahestehen oder diese unterstützen. Das ist aber immer wieder der Fall. Leider herrscht bislang betreffend derartige Finanzierungsströme keine Transparenz. Fakt ist, dass in Deutschland oftmals völlig unklar ist, wer der Geldgeber ist. Das ist ein völlig unhaltbarer Zustand, der die innere Sicherheit in unserem Land gefährdet. Meine Damen und Herren, damit wird und muss Schluss sein.

Außerdem wollen wir die Einrichtung einer bundesweiten multidisziplinären "Dokumentationsstelle politischer Islamismus" prüfen lassen, um von ausgewiesenen Experten fundierte Informationen zu bekommen. Eine entsprechende Institution gibt es auch in Österreich.

Wir wollen die Präventionsarbeit gegen Islamismus weiter ausbauen und eine Melde- und Koordinationsstelle schaffen, um durch Stärkung der Strukturen gegen Zwangsheirat und Verschleppung Mädchen und Frauen zu schützen.

Ganz wichtig ist auch, dass wir islamistische Versammlungen unterbinden und islamistische Einzelpersonen ins Visier nehmen. Auch hier muss der Grundsatz gelten: Wehret den Anfängen. Meine Damen und Herren, ich stimme auch unserem Bundesinnenminister Alexander Dobrindt zu, der bereits vor einem Jahr gesagt hat: "Wer die Scharia in Deutschland einführen und ein Kalifat ausrufen will, ist ein Feind unse-

rer Demokratie. Der Staat muss ihm mit Konsequenz und Härte begegnen." Denn Deutschland ist ein Rechtsstaat und kein Gottesstaat.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Deshalb bitte ich, unseren Anträgen "Keine Toleranz für die Intoleranten" zuzustimmen; denn sie beinhalten auch viele gute Ansätze aus den Anträgen von GRÜNEN und SPD. Bei der AfD wird bewusst wieder vermischt. Die legitime islamische Religionsausübung und der Islamismus werden zusammengeworfen, und das ist schlecht.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Erster Vizepräsident Tobias Reiß: Vielen Dank. Bleiben Sie bitte am Rednerpult. – Herr Kollege Martin Böhm, AfD-Fraktion, hat sich zu einer Zwischenbemerkung gemeldet.

Martin Böhm (AfD): Geschätzter Herr Kollege Dremel, Sie sprechen viel von Finanzströmen aus dem Ausland. Es wäre doch zielführend, die Finanzströme im Inland zu kontrollieren. Ich will daran erinnern, dass die allermeisten DITIB-Vereine Gemeinnützigkeit genießen.

(Michael Hofmann (CSU): Mit Finanzströmen kennen sich die AfDler aus!)

Wäre es denn nicht für uns alle an der Zeit, darüber nachzudenken, mit dem Entzug der Gemeinnützigkeit anzufangen, die Finanzströme zu kontrollieren bzw. die Finanzierung des Islamismus zu verhindern?

Holger Dremel (CSU): Herr Kollege Böhm, ich habe nichts dagegen, wenn wir auch im Inland schauen, wo Finanzströme falsch laufen. Ich möchte aber an dieser Stelle auch einmal klarstellen und richtigstellen, dass Sie sich mit Finanzströmen, insbesondere vor Wahlen, sehr gut auskennen.

Wir werden das in der altbewährten Weise mit unserem starken Verfassungsschutz und mit einer starken Polizei weiterhin bekämpfen. Islamismus und Terrorismus haben

in Deutschland und haben in Bayern keine Chance. Deswegen werden wir auch weiterhin für unseren Rechtsstaat, für Demokratie und dafür kämpfen, dass dieser nicht unterwandert wird.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Erster Vizepräsident Tobias Reiß: Vielen Dank. – Nächster Redner für die AfD-Fraktion: Kollege Richard Graupner.

(Beifall bei der AfD)

Richard Graupner (AfD): Herr Vizepräsident, meine sehr verehrten Damen und Herren, liebe Kollegen! Der Islamismus ist die größte extremistische Herausforderung der Gegenwart. Das gilt für Bayern, das gilt für Deutschland, und das gilt vermutlich weltweit;

(Zuruf von den GRÜNEN: Sie haben Ihre eigene Fraktion vergessen!)

denn der Islamismus bedroht unsere Freiheit, unsere Werte, unsere Traditionen und unser Gemeinwesen, und er bedroht auch ganz konkret unser aller Leib und Leben. Der Islamismus ist nämlich die ideologische Grundlage für Radikalisierung bis hin zum Terrorismus.

Wir von der AfD warnen seit Jahren eindringlich vor den verheerenden und tödlichen Konsequenzen dieser Entwicklung. Verfassungsschutzberichte und Innenministerium bestätigen uns in unseren Positionen und in diesen Befürchtungen, und selbst die Vertreter der Altparteien verweigern sich angesichts der Dramatik inzwischen nicht mehr völlig dieser bedrohlichen Realität.

Zu Recht hatten wir daher eine Expertenanhörung zum Thema Islamismus im Landtag, und genau aus diesem Grunde führen wir auch heute diese Debatte; denn eines der Ergebnisse dieser Expertenrunde war eine ganze Flut von Initiativen und Anträgen aller Fraktionen.

Liest man sich aber die insgesamt elf Anträge durch, so merkt man eines schnell: Während sich die Altparteien größtenteils weiter mit Symptombekämpfung zufriedengeben, geht allein der Antrag der AfD an die Wurzeln des scheinbar unaufhaltsam wuchernden islamistischen Übels.

Wir verfolgen ein ganzheitliches Gesamtkonzept, das repressive und präventive, symbol- und strukturpolitische, innen- und außenpolitische Aspekte schlagkräftig kombiniert. Während die Altparteien-Anträge vielfach den Elefanten im Raum, nämlich die gescheiterte Migrationspolitik, beschweigen und ignorieren, reden wir an dieser Stelle Tacheles.

(Beifall bei der AfD)

Ich höre es schon wieder: Das hat rein gar nichts mit Verfassungsfeindlichkeit zu tun. Auch in der Anhörung haben Experten wie Irfan Peci oder Dr. Steinberg den Zusammenhang zwischen Islamismus und der unkontrollierten Migration aus Ländern wie Afghanistan und Syrien ganz klar herausgearbeitet – Länder, in denen radikale und terroristische Strömungen großen Einfluss haben. Diese Erkenntnis hat auch nichts mit der uns so gerne unterstellten angeblichen pauschalen Moslemfeindlichkeit zu tun. Pauschal bedeutet allumfassend oder verallgemeinernd. Niemand aber in der AfD behauptet, alle Moslems sind Terroristen. Aber wir stellen fest: Fast alle Terroristen kommen aus dem islamischen Kulturkreis. Das ist etwas völlig anderes.

(Beifall bei der AfD – Toni Schuberl (GRÜNE): Oder sind rechtsextrem!)

Die Altparteien sowie ihre Handlanger vom Verfassungsschutz drehen uns an dieser Stelle ganz bewusst das Wort im Mund herum. Ich kann Ihnen aber eines sagen: Auch diese Verleumdungskampagne wird scheitern, so wie alle Kampagnen – Stichwort "Correctiv" – bislang gescheitert sind.

Doch zurück zu unserem 12-Punkte-Plan. Welche sind denn die Hauptkonsequenzen, die aus der nach wie vor hohen islamistischen Bedrohungslage zu ziehen sind? –

Fangen wir mit jenen Maßnahmen an, die nicht nur, aber auch eine starke symbolpolitische Komponente haben. Dieser Bereich darf keinesfalls unterschätzt werden; denn über die Präsenz islamischer Symbole im öffentlichen Raum finden Selbstbestätigungs- und Selbstbestärkungsprozesse in der Szene statt. Sie werden dort als Beweis für den Erfolg der angestrebten islamistischen Landnahme und Dominanzerlangung verstanden. Zu diesem Bereich zählen ein bayernweites Verbot von Minaretten und Muezzinruf sowie von Burkas und Kopftuch im öffentlichen Dienst. Dass Burkas ein stoffgewordenes Symbol der Geschlechterrepression sind und Schächten zumal diametral Tierwohlinteressen entgegensteht, dürfte hoffentlich weitgehend Konsens sein.

Unser Antrag berücksichtigt aber auch die Lehren aus weiteren Expertenforderungen, welche in der Anhörung deutlich wurden. Während zweifelsohne durchaus wichtige Präventionsmaßnahmen vor allem auf Deradikalisierung und soziale Einflussfaktoren setzen, können islamistische Organisationen als Agenten des politischen Islam ihren Einfluss bisher nahezu ungehindert ausbauen. Sie beschränken sich dabei nicht auf religiöse Aktivitäten, sondern versuchen gezielt, politische Strukturen zu infiltrieren oder auch Bildungsinhalte zu beeinflussen. Ein besonders problematisches Beispiel ist die DITIB, die gerade schon genannt worden ist, die als verlängerter Arm der türkischen Regierung agiert. DITIB ist geradewegs ein Einfallstor für islamistische Ideologien; zahlreiche Berichte über Spionagetätigkeiten, antisemitische Predigten sowie die gezielte Beeinflussung junger Moslems in den von DITIB kontrollierten Moscheen bestätigen das.

Insofern müssen sich die Altparteien, aber auch die Staatsregierung schon die Frage gefallen lassen, wie es sich mit ihrer anmaßenden Selbststilisierung als die wahren und einzigen Demokraten denn überhaupt verträgt, dass sie so gar keine Berührungsängste zur DITIB und deren Vertretern erkennen lassen – so, wie es uns etwa der Kollege Straub von der CSU, seines Zeichens Integrationsbeauftragter der Staatsregierung, in schöner Regelmäßigkeit vorführt. Wir jedenfalls fordern endlich das konse-

quente Verbot aller Organisationen und Vereine des politischen Islams, allen voran DITIB und Millî Görüs. Wir fordern das Ende des Islamunterrichts in Bayern, in dem diese Leute ebenfalls versuchen, Einfluss zu nehmen.

(Beifall bei der AfD)

Unsere Schulen müssen wieder ein Ort der Wissensvermittlung anstatt der Indoktrination werden. Weiterhin wurde von den Experten auf die akute Gefahr durch heimkehrende Dschihadisten und IS-Kämpfer hingewiesen. Sie stellen eine erhebliche Bedrohung dar, weshalb wir ein konsequentes Einreiseverbot für Dschihadheimkehrer auf Bundesebene brauchen. Für Dschihadtouristen kann nur eines gelten: Es gibt kein Zurück.

Ein weiterer Sachverständiger forderte die verstärkte Sicherheitsprüfung von Asylbewerbern; denn viele Attentäter reisen über das Asylticket. Ein Ende der illegalen Einwanderung ist darum oberstes Gebot. Islamisten mit Doppelpass hingegen ist die deutsche Staatsbürgerschaft wieder zu entziehen.

Der nächste Bereich betrifft Strafverfolgung und Justiz. Es darf keinen Kulturrabatt mehr bei Straftätern aus islamischen Ländern geben. Milde wird in diesem Milieu durchgehend als Schwäche interpretiert. Unsere Gefängnisse fungieren zudem als Radikalisierungsherde und fördern die Bildung dschihadistischer Netzwerke – ein enormes Gefahrenpotenzial auch und erst recht nach der Haftentlassung. Die Remigration von Islamisten in ihre Herkunftsländer nach Verbüßung ihrer Strafe muss daher ebenfalls höchste Priorität haben. Begleitend brauchen wir umfangreichere Aussteigerprogramme für Islamisten mit deutscher Staatsbürgerschaft.

Zu guter Letzt fordern wir gerade auch vor dem Hintergrund der aktuellen Diskussionen den Verfassungsschutz auf, sich endlich voll und ganz auf den Islamismus als größte Bedrohung der freiheitlichen demokratischen Grundordnung zu fokussieren. Hören Sie auf, Zeit und Steuergelder mit dem verbissenen Sammeln und Fehlinterpretieren harmloser Äußerungen von Oppositionspolitikern zu verschwenden.

(Beifall bei der AfD)

Mit Blick auf die Anträge der anderen Fraktionen stelle ich fest: Den Anträgen von CSU und FREIEN WÄHLERN zu Zwangsheirat und Verschleppung sowie zur Einrichtung einer Melde- und Koordinationsstelle nach österreichischem Vorbild können wir zustimmen, ebenso den Forderungen nach Verhinderung extremistischen Versammlungsmissbrauchs und der Intensivierung des Austauschs mit ausländischen Geheimdiensten. Alle anderen Anträge lehnen wir ab, weil sie jeweils nur Teilaspekte oder Symptome aufgreifen, welche durch unseren Antrag viel besser abgedeckt sind.

Werte Kollegen der Altparteien, anstatt mit ebenso albernen wie böswilligen Unterstellungen gegen die AfD und Millionen Wähler zu hetzen, konzentrieren Sie sich lieber auf den Kampf gegen die wahre Gefahr für unsere Demokratie und unser Zusammen-, ja sogar unser Überleben. Stimmen Sie angesichts der anhaltenden Bedrohungslage unserem 12-Punkte-Plan zur Bekämpfung des Islamismus in Bayern zu.

(Beifall bei der AfD)

Erster Vizepräsident Tobias Reiß: Nächster Redner ist für die Fraktion der FREIEN WÄHLER Kollege Wolfgang Hauber.

Wolfgang Hauber (FREIE WÄHLER): Sehr geehrtes Präsidium, verehrte Kolleginnen und Kollegen! Der Innenausschuss hat sich in den letzten Monaten intensiv mit Islamismus bzw. islamistischem Terrorismus beschäftigt. Am 5. Dezember letzten Jahres hatten wir hierzu eine Expertenanhörung, aus der wir wichtige Erkenntnisse gewinnen konnten. Aus diesen Erkenntnissen, Anregungen und Hinweisen resultieren sowohl ein Antragspaket der Regierungskoalition aus CSU und FREIEN WÄHLERN mit sechs Anträgen als auch ein Antragspaket von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN mit vier Anträgen und ein Antrag der SPD-Fraktion. Auch die AfD stellte einen Antrag, der aber zum Teil im klaren Gegensatz zur Meinung der anerkannten Experten formuliert oder mit dem Grundgesetz nicht vereinbar war, weshalb der Antrag selbstverständlich abzulehnen

war. Wir haben alle Anträge am 26. Februar im Innenausschuss behandelt und intensivst diskutiert.

Auch bei der Vorstellung des Verfassungsschutzberichtes im Innenausschuss letzte Woche spielte der Islamismus wieder eine Rolle. Wenn ich nochmals kurz zusammenfassen darf, welche Zielrichtung die Anträge von CSU und FREIEN WÄHLERN haben: Antrag eins beinhaltet die Forderung nach der Aufstellung eines Bund-Länder-Aktionsplans zur Bekämpfung des Islamismus nach Vorbild des Aktionsplans gegen Rechtsradikalismus, also ein strategisches Konzept für die Zusammenarbeit von Bund und Ländern sowie von Justiz und Sicherheitsbehörden.

Antrag zwei steht unter der Überschrift "Auslandsfinanzierung" mit der Aufforderung an den Bund, eine gesetzliche Regelung für die notwendige Transparenz über die Unterstützung und Beeinflussung von Moschee-Vereinen und anderen Organisationen vor allem aus dem Ausland zu schaffen mit dem Ziel einer Reduktion ausländischer Einflüsse und dem Sicherstellen, dass diese Einrichtungen auf dem Boden der freiheitlichen demokratischen Grundordnung stehen.

Antrag drei ist ein Prüfantrag. Es soll geprüft werden, ob eine Dokumentationsstelle zum Islamismus nach österreichischem Vorbild eingerichtet werden sollte.

Antrag vier beschäftigt sich mit Prävention, vor allem mit dem Ausbau der Präventionsarbeit in den sozialen Medien und dem Einsatz dafür, auf Bundesebene die nötigen Rechtsgrundlagen für den Kampf gegen Islamisten im Netz zu schaffen. Manpower allein ist hier nicht ausreichend; eine Speicherung der IP-Adressen ist dringend erforderlich.

In Antrag fünf geht es um den Schutz von Mädchen und Frauen vor Zwangsheirat. Hier sollen die Strukturen gestärkt werden, zum Beispiel durch die Etablierung einer Melde- und Koordinationsstelle. Sie soll dem Opferschutz dienen.

Antrag sechs schließlich befasst sich mit Versammlungen. Organisationen, die auf der EU-Terrorliste geführt werden, sollen von der Versammlungsfreiheit ausgenommen werden, das heißt, sie sollen keine Versammlungen mehr anmelden dürfen. Videoüberwachung an Hotspots soll ausgebaut werden und möglichst Gesichtserkennungssoftware auch auf Großveranstaltungen eingesetzt werden können. Die Kooperation mit ausländischen Geheimdiensten wird befürwortet und sollte ausgebaut werden.

Zusammenfassend bleibt zu sagen: Seit dem Überfall der Hamas auf Israel am 7. Oktober 2023 beobachten wir eine erneute Zunahme terroristischer Aktivitäten in Deutschland und Europa. Besonders beunruhigend ist für uns dabei, dass es sich in Bezug auf die Tätterprofile in zunehmendem Maße um junge Einzeltäter handelt, oft mit psychischen Auffälligkeiten, die sich vor allem über die sozialen Netzwerke radikalisieren, oft in kürzester Zeit. Die Koalitionsfraktionen setzen sich deshalb dafür ein, dass die Präventionsarbeit gerade im Bereich der sozialen Medien weiter ausgebaut wird, während gleichzeitig Extremisten auch virtuell effektiver bekämpft werden müssen, etwa über die Speicherung von IP-Adressen bei der Gefahrenabwehr. Der vom EuGH eingeräumte Spielraum muss endlich genutzt werden. Ich hoffe, dass die neue Bundesregierung hier rasch tätig wird.

Insgesamt benötigen wir einen gesamtheitlichen Lösungsansatz, um in Deutschland der Problematik entgegentreten zu können. Wir setzen uns deshalb für einen Bund-Länder-Aktionsplan gegen Islamismus ein, der die Zusammenarbeit der Sicherheitsbehörden, der Justiz sowie der Bildungs- und Betreuungseinrichtungen bundesweit weiter verbessert und strategisch bündelt. Für die Fraktion der FREIEN WÄHLER steht grundsätzlich fest: Jede Form von Extremismus, die eine Gefahr für die Demokratie und die Gesellschaft darstellt, muss entschlossen bekämpft werden.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN sowie Abgeordneten der CSU)

Wir werden alle Mittel, die der Rechtsstaat bietet, einsetzen, um die Sicherheit unserer Bürgerinnen und Bürger auch in Zukunft zu gewährleisten. Dafür stehen wir.

Ich möchte meinen Wortbeitrag mit einem Dank beenden: Ein herzlicher Dank geht stellvertretend für alle Mitarbeiter in den Ministerien, den nachgeordneten Behörden und Ämtern an die Staatsminister, die heute leider nicht anwesend sind, an die Staatsminister, in deren Ressorts Extremismusprävention in herausragender Weise betrieben wird: an Staatsminister Joachim Herrmann für das Innenministerium, stellvertretend an Herrn Staatssekretär Sandro Kirchner, an Staatsminister Georg Eisenreich für das Justizministerium, aber auch an Staatsministerin Ulrike Scharf für das Sozialministerium, an Anna Stolz für das Kultusministerium und an Fabian Mehring für das Digitalministerium,

(Toni Schuberl (GRÜNE): Wo ist eigentlich die Staatsregierung?)

die insbesondere in diesem Bereich tätig sind. – Vielen herzlichen Dank!

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU – Alexander Hold (FREIE WÄHLER): Besser kann man es nicht sagen!)

Erster Vizepräsident Tobias Reiß: Nächster Redner ist der Abgeordnete Florian Siekmann für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. Herr Kollege, bitte schön.

Florian Siekmann (GRÜNE): Herr Präsident, Kolleginnen und Kollegen! Kollege Hauber, bei der langen Aufzählung drängt sich natürlich die Frage auf: Wo ist eigentlich die Staatsregierung? Das fragen wir uns als Opposition öfter.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Ich glaube, das fragen sich auch die Besucherinnen und Besucher.

Aber zur Sache: Ich erinnere daran, warum wir heute überhaupt über die islamistische Bedrohungslage in Bayern sprechen. – Weil wir GRÜNE die Expertinnen- und Expertenanhörung dazu im vergangenen Dezember im Innenausschuss veranlasst hatten.

(Zuruf des Abgeordneten Alexander Hold (FREIE WÄHLER))

Das war nicht die erste Anhörung zum Thema, sondern die allererste war 2015, auch auf grüne Initiative – damals übrigens noch gegen die Stimmen der CSU, allerdings mit den Stimmen der FREIEN WÄHLER, Kolleginnen und Kollegen –, weil wir dieses Thema bereits früh erkannt haben.

Ja, wir GRÜNE stehen entschieden gegen den Islamismus, und wir behalten diese Bedrohungslage im Blick, denn wir sind Verfassungsschützerinnen und Verfassungsschützer, Verfechter:innen der Demokratie und der Freiheit. Genau das ist es, was die Islamistinnen und Islamisten nicht ertragen können.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Wir arbeiten stetig an der Bekämpfung der extremistischen Gefahr, und das auch abseits von Anschlägen und Debatten um schreckliche Terrorakte. Das unterscheidet uns übrigens auch vor allem von Rechtsaußen. Denn Sie missbrauchen ja gerade allzu gern die Trauer um Opfer für fremdenfeindliche Politik. Sie haben ja auch hier im Landtag unter Beweis gestellt, dass Sie sich dabei kein Stück um die Wünsche der Angehörigen scheren.

(Widerspruch bei der AfD)

Wir bekämpfen den Extremismus, Islamismus und Rechtsextremismus, entschieden, und zwar immer.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Der Islamismus und der islamistische Terrorismus haben sich verändert. Sie sind digitaler, sie sind jünger und sie sind unberechenbarer geworden. Statt auf große Organisationen mit Auftragstätern treffen wir immer öfter auf Selbstradikalisierung in kleinen digitalen Chaträumen. Die ehemals tiefgehende religiöse Ideologie des Islamismus ist vor allem einer brutalen Gewaltverherrlichung und Opfererzählung gewichen. Das ist übrigens eine ganz ähnliche Entwicklung, wie wir sie auch gerade beim Rechtsextremismus beobachten. Die Sachverständigen haben davor gewarnt: Das Ganze droht,

in einer andauernden Spirale aus Islamismus und Rechtsextremismus zu enden. Auf diese Veränderung müssen wir reagieren, auch in Bayern.

Kolleginnen und Kollegen, nehmen Sie es mir nicht übel, aber die Anträge von CSU und FREIEN WÄHLERN grenzen doch eher an ein Betteln nach Berlin denn an ein Handeln hier bei uns in Bayern. Ich erwarte eigentlich von Regierungsfraktionen und von der Staatsregierung, dass sie erklären, was sie in ihrem eigenen Zuständigkeitsbereich bei uns im Freistaat bewegen wollen. Denn wir müssen die Sicherheitsbehörden für diese neuen Bedrohungen des Extremismus aufstellen.

(Wolfgang Hauber (FREIE WÄHLER): Wir sind bereits gut aufgestellt!)

Dazu gehören natürlich die notwendigen Fähigkeiten.

Wir sind der Überzeugung, dass wir eine konsequente Online-First-Strategie fahren müssen. Das bedeutet, die Radikalisierung dort aufzuspüren, wo sie stattfindet, nämlich immer stärker in Chaträumen, in Gruppen, immer weniger ausgehend von der realen Welt. Das heißt, dort muss auch zuerst die Beobachtung stattfinden. Deswegen fordern wir, dass zunehmend digitale Agenten und virtuelle Ermittler eingestellt werden. Das heißt dann eben auch, dass der Verfassungsschutz mehr Datenanalysten beschäftigt, die am Ende als digitale Agenten tätig sind, dass wir eine eigene Influencer- und Prediger-Datei beim Bayerischen Landesamt für Verfassungsschutz führen, um klar zu zeigen und zu sehen, welche Personen Radikalisierung im Netz betreiben, und dass wir die Anbieter von Plattformen, bei denen die übergeordnete EU-Regulierung nicht greift, weil sie zu klein sind, auch konsequent in Bayern durch unsere Landesmedienanstalt zur Verantwortung ziehen.

Alles das ist Bayern, nicht Berlin. Überall da sind wir verantwortlich, können und müssen selber handeln.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Es geht um Prävention, und das heißt, dass wir junge Menschen besser davor schützen, Ziel dieser Online-Radikalisierung zu werden. Auch wenn da manches passiert, müssen wir uns doch einig sein: Es reicht nicht, und es passt auch nicht alles. Ich erinnere nur an das Video zum Salafismus, das dann offline genommen werden musste, weil es doch gerade nicht dazu beigetragen hat, junge Menschen, die vielleicht anfällig für Salafismus und für Dschihadismus werden könnten, davor zu bewahren. Das war ein Eingeständnis, dass wir längst nicht dort sind, wo wir sein sollten.

Wir müssen Gemeinschaftsunterkünfte besser in den Blick nehmen, in denen Geflüchtete unterschiedlicher Herkunft auf engem Raum aufeinandertreffen. Ja, auch das kann ein Beschleuniger für Islamismus, für Extremismus sein. Deswegen muss sich dort der Gewaltschutz verbessern, aber auch die Risikoanalyse. Nordrhein-Westfalen hat zum Beispiel mit PeRiskoP ein eigenes Landesprogramm, nicht aus Berlin, in dem Polizei, Sicherheitsbehörden und Sozialbehörden zusammenarbeiten, auch bei schwierigen Fällen, bei denen vielleicht der Übergang von psychischer Erkrankung zu extremistischem Gedankengut irgendwann fließend wird, die Einzelfälle beobachten, beurteilen und dann entscheiden: Welche Form von Hilfe, Überwachung oder Verfolgung brauchen wir an dieser Stelle?

Wir müssen die Finanzierung in den Blick nehmen. Jetzt ist es natürlich ein bisschen unehrlich, sich hierhinzustellen und zu fordern, dass da etwas passieren muss. Denn CSU- und CDU-Innenminister im Bundesrat waren es, die das Gesetz zur Verbesserung der Terrorismusabwehr vor der letzten Bundestagswahl aus Trotz haben scheitern lassen, das genau solche Verbesserungen im Bereich des Aufdeckens von Finanzströmen zugelassen hätte. Machen Sie sich also auch da ehrlich: Man hätte da schon ein Stück weiter sein können.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Wir müssen die Kooperation unter den Sicherheitsbehörden mit einer Kooperationspflicht stärken, vielleicht auch mit einer Europäischen Agentur für Nachrichtendienste; denn der Islamismus arbeitet grenzüberschreitend.

Das erste Ziel, das wir mit den Anträgen hier heute verfolgen und das wir natürlich auch mit der Sachverständigenanhörung verfolgt haben, ist, dass wir unsere Bevölkerung vor islamistischen Bedrohungen wirkungsvoll schützen, also ein Schutz vor Radikalisierung und ihren gefährlichen Folgen.

Wir bekämpfen den Extremismus, aber wir bekämpfen nicht Menschen mit Migrations- oder Fluchtgeschichte, die immer öfter pauschal unter den Extremismus-Verdacht gestellt werden, wie es die AfD immer wieder gerne versucht.

Prof. Naumann, einer der Sachverständigen, hat das in der Anhörung ja in Zahlen gefasst: Die absolut überwältigende Mehrheit von 99,998 % aller Geflüchteten hat keinerlei Verbindung zum Dschihadismus und islamistischen Terrorismus. Das Perfide ist: Genau diese Menschen leiden aber am meisten; denn sie sind es, die plötzlich im Alltag schief angeschaut, angefeindet oder gar angegriffen werden. Das sind Menschen, die schon lange hier leben, hier arbeiten oder mit dem Willen nach Deutschland gekommen sind, etwas aufzubauen. Das ist vielleicht der fleißige Berufsschüler, der auf einmal auf die Hautfarbe statt auf die Leistung reduziert wird; das ist die unverzichtbare IT-Spezialistin, die in der U-Bahn angepöbelt wird; das ist der Überstunden schiebende Kfz-Mechatroniker, der sich Sorgen um seine Kinder macht; oder das sind vielleicht Pflegekräfte sowie Ärztinnen und Ärzte, die sich überlegen auszuwandern, weil sie woanders auf ein besseres Umfeld stoßen.

(Zuruf von der AfD)

Deswegen bekämpfen wir mit unseren Anträgen heute und mit dieser Anhörung gezielt den Extremismus und nehmen all jene in Schutz, die zu Unrecht pauschal in die Mithaftung für unsägliche Anschläge von Islamisten genommen werden.Sie haben das nicht verdient, und wir werden auch nicht dulden, dass das passiert.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Wir wollen mit unseren Anträgen klarstellen, dass wir auch auf Landesebene in Bayern noch entschiedener handeln können und müssen, bei unserem Landesamt für Verfassungsschutz, bei den weiteren Sicherheitsbehörden, in der Ausstattung, in den technischen Fähigkeiten sowie bei Fragen der Prävention und der Verhinderung von Radikalisierung. Das sind die Felder, in denen wir als Land, unabhängig von der Zusammenarbeit mit dem Bund, selbst in der Verantwortung stehen, handeln und nicht nach Berlin schauen müssen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Erster Vizepräsident Tobias Reiß: Vielen Dank. – Wir haben zwei Meldungen zu einer Zwischenbemerkung, zunächst von Herrn Kollegen Holger Dremel, CSU-Fraktion.

Holger Dremel (CSU): Herr Kollege Siekmann, es ist verwunderlich, wenn Sie sagen, wir bräuchten Berlin nicht. Doch, wir brauchen Berlin für viele Rechtsgrundlagen. Sie wissen, dass die Innenministerkonferenz, an der auch unser Innenminister Joachim Herrmann teilgenommen hat, am 03.06.2022 bereits umfangreiches Material beschlossen hat. Hier ist vieles schon auf dem Weg. Es ist richtig, wir müssen noch mehr tun. Sie sprechen von digitalen oder virtuellen Ermittlern. Sie wissen aber, dass eine Verfassungsschutzgesetzentscheidung dagegenspricht und das nicht so einfach möglich ist. Was die nicht offen ermittelnden Polizeibeamten oder verdeckten Ermittler betrifft, die oftmals über das PAG eingesetzt werden, sind das genau die Rechtsgrundlagen, die Sie hier im Bayerischen Landtag missbrauchen bzw. gegen die Sie stimmen und bei denen Sie nicht mithelfen.

Erster Vizepräsident Tobias Reiß: Achten Sie bitte auf die Redezeit.

Holger Dremel (CSU): Hier bitte ich Sie, bei den rechtlichen Möglichkeiten mitzumachen.

Erster Vizepräsident Tobias Reiß: Herr Kollege, Ihre Redezeit ist zu Ende.

Holger Dremel (CSU): Auch eine IP-Adressdatenspeicherung war nicht möglich, weil Sie nicht – –

(Das Mikrofon des Abgeordneten Holger Dremel (CSU) wird abgestellt)

Erster Vizepräsident Tobias Reiß: Herr Kollege Siekmann.

Florian Siekmann (GRÜNE): Herr Kollege, natürlich bewegen wir uns mit unseren nachrichtendienstlichen Möglichkeiten in dem Rahmen, den das Grundgesetz und die Bayerische Verfassung abstecken. Ich will nur einen Punkt noch einmal klarstellen: Es scheitert selten an den rechtlichen Voraussetzungen im Bereich der Nachrichtendienste, sondern sehr oft an den technischen Fähigkeiten. Wir haben in unserem Verfassungsschutzgesetz Quellen-TKÜ, normale TKÜ und Online-Durchsuchungen. Es ist alles enthalten, genauso in der Strafprozessordnung.

Sehe ich mir im letzten Berichtszeitraum an, wie oft in Bayern davon Gebrauch gemacht worden ist und wie oft man Quellen-TKÜ repressiv eingesetzt hat, stelle ich fest, man hat es vier Mal beantragt und null Mal eingesetzt. Dies ist das Ergebnis mangelnder technischer Fähigkeiten, nicht fehlender Rechtsgrundlagen. Der Präsident des Landesamtes für Verfassungsschutz hat auf die Frage des Kollegen Grob in der letzten Sitzung, welche rechtlichen Befugnisse denn noch fehlen, ja auch sehr zurückhaltend reagiert.

Ich glaube, wir müssen jetzt erst einmal in die notwendigen technischen und personellen Fähigkeiten investieren und werden dann sicher auch noch verfassungskonforme rechtliche Grundlagen dort ergänzen, wo sie wirklich notwendig sind.

(Holger Dremel (CSU): Deshalb wolltet ihr auch VeRA im PAG verhindern!)

Erster Vizepräsident Tobias Reiß: Nun Herr Kollege Köhler, AfD-Fraktion.

Florian Köhler (AfD): Herr Siekmann, trotzdem ist festzustellen, dass fast alle islamistischen Terroristen nach der Grenzöffnung im Jahr 2015 ins Land gekommen sind und hier Anschläge verübt haben. Dies führt unweigerlich zu der Frage: Stimmen Sie mir zu, dass geschlossene Grenzen und die konsequente Abschiebung von Islamisten zur inneren Sicherheit nicht nur beitragen, sondern das beste Mittel gegen Islamismus hier in Deutschland sind?

Florian Siekmann (GRÜNE): Herr Kollege, machen Sie sich keine Sorgen, ich werde der AfD natürlich niemals zustimmen.

(Lachen bei der AfD)

Zu Ihrer eigentlichen Frage: Ich glaube, es ist entscheidend, dass wir den Extremismus bekämpfen und all unsere Ressourcen zielgerichtet dafür einsetzen, um die Personen und die Netzwerke zu überwachen, zu zerschlagen und zu verfolgen, die für Anschläge und eine Gefährdung der Bevölkerung verantwortlich sind, und nicht die 99,998 %, die sich überhaupt nichts haben zuschulden kommen lassen. Wir sind nicht für Sippenhaft, sondern für eine gezielte Verfolgung.

Wenn mir die Anmerkung noch gestattet ist, möchte ich sagen: Eigentlich – das müssen Sie zugeben – freuen Sie sich doch insgeheim über jeden Anschlag. Ihr Kollege André Barth hat 2019 vor der Landtagswahl in Sachsen gesagt: "Was die Partei jetzt bräuchte, ist ein Anschlag, Anis Amri 2. So was darf man sich natürlich nicht wünschen." Das hat er der "Welt" gesagt und das Zitat selbst bestätigt. Das sagt uns, was Sie aus all diesen Anschlägen ziehen und dass das, was Sie hier erzählen, am Ende doch nur Theater ist.

(Zurufe von der AfD: Einzelmeinung!)

Im Kern liegt Ihnen nichts an der Bekämpfung des Extremismus. Sie wollen nur Ihre rechtsextreme Agenda weiter vorantreiben.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Erster Vizepräsident Tobias Reiß: Vielen Dank. – Für die SPD-Fraktion spricht nun Frau Kollegin Christiane Feichtmeier.

Christiane Feichtmeier (SPD): Sehr geehrtes Präsidium, liebe Kolleginnen und Kollegen! Unsere freiheitliche demokratische Gesellschaft steht unter Druck. Wir erleben in Bayern, in Deutschland und in Europa eine wachsende Bedrohung durch islamistischen Terrorismus. Diese Bedrohung ist real, konkret und richtet sich gegen das Fundament unseres Zusammenlebens, gegen Freiheit, Toleranz und Gleichberechtigung. Die Experten haben uns in der vergangenen Anhörung einige Fakten aufgezeigt. Deshalb dürfen wir nicht wegsehen, sondern müssen endlich handeln. Wir als SPD-Fraktion haben gehandelt. Wir legten im Innenausschuss einen Antrag vor, mit dem wir den Schutz unserer Bürgerinnen und Bürger verbessern und gleichzeitig unsere demokratischen Werte verteidigen wollen; denn der Kampf gegen islamistischen Terror ist kein Kampf gegen eine Religion, sondern ein Kampf gegen Fanatismus, Hass und Gewalt.

(Beifall bei der SPD)

Die Erkenntnisse aus der Sachverständigenanhörung im Ausschuss für Innere Sicherheit vom 5. Dezember haben ein klares Bild gezeigt: Die islamistische Szene in Bayern ist aktiv, vernetzt und wird immer jünger. Das bedeutet für uns als demokratische Fraktion, wir müssen auf allen Ebenen ansetzen: bei der Polizei, in den Schulen, im Netz und in der Zivilgesellschaft. Deshalb haben wir Forderungen aufgestellt, auf die ich kurz eingehen möchte.

Erstens fordern wir eine weitere materielle und personelle Stärkung der bayerischen Polizei im Bereich der Internetermittlungen im Staatsschutz; denn Radikalisierung passiert heute im Netz. Unsere Ermittlerinnen und Ermittler brauchen die Mittel, um diesen digitalen Gefahren auch digital zu begegnen, mit moderner Technik und ausreichend Personal.

Zweitens fordern wir eine verstärkte Deradikalisierungsarbeit innerhalb der bayerischen Polizei. Dazu gehören Aus- und Fortbildungen, wissenschaftliche Begleitung und Netzwerkarbeit – kurz gesagt, eine ganzheitliche Strategie, um junge Menschen wieder aus der Spirale des Extremismus herauszuholen.

Dritte Forderung: Wir wollen einen Ausbau zivilgesellschaftlicher Deradikalisierungsprogramme. Gerade die Vereine, Träger und Projekte vor Ort können mit Geduld, Vertrauen und Kompetenz präventiv wirken. Diese wichtige Arbeit muss langfristig gesichert und ausgebaut werden.

Unsere vierte Forderung lautet: Islamunterricht ist zunehmend ein etabliertes Angebot an unseren deutschen Schulen. Deshalb braucht es eine kontinuierliche Ausweitung. Wissenschaftlich fundiertes religiöses Wissen schützt nachweislich vor Radikalisierung. Wer den Islam versteht, fällt nicht so leicht auf die Parolen der Extremisten herein. Wir wollen, dass mehr junge Menschen Zugang zu einem reflektierten Islamunterricht unter staatlicher Aufsicht erhalten.

Die fünfte Forderung ist der Ausbau eines professionellen Übersetzungspools für relevante Sprachen wie Arabisch oder Russisch; denn unsere Sicherheitsbehörden stoßen oft an Grenzen, wenn Inhalte nicht schnell und zuverlässig übersetzt werden können. Das behindert Ermittlungen, und das darf nicht sein.

Die Verbesserung und Ausweitung der Beobachtung sozialer Netzwerke ist unsere sechste Forderung. Islamistische Propaganda findet heute auf TikTok, Telegram oder Instagram statt. Wir fordern, die Betreiber dieser Plattformen bei der Löschung extremistischer Inhalte und Zusammenarbeit mit den Behörden stärker in die Pflicht zu nehmen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, was wir hier vorschlagen, ist kein Schnellschuss und keine Symbolpolitik. Es ist ein Maßnahmenpaket, das auf den fundierten Empfehlungen der Expertinnen und Experten beruht, die wir gehört haben, vom Verfassungsschutz über das Landeskriminalamt bis hin zur Wissenschaft. Lassen Sie mich eines

klar sagen:Die überwältigende Mehrheit der Musliminnen und der Muslime in Bayern lebt ihren Glauben friedlich, rechtsstaatlich und als Teil unserer Gesellschaft. Sie sind unsere Nachbarinnen und Nachbarn, unsere Kolleginnen und Kollegen und unsere Mitschülerinnen und Mitschüler. Wer pauschal stigmatisiert, spaltet und kriminalisiert, schwächt unsere gemeinsame Sicherheit. Wir als SPD setzen auf Differenzierung, auf Prävention und auf die Stärke des Rechtsstaats.

Leider gehören auch Einzelfälle von Radikalisierung unter Geflüchteten zur Wahrheit. Deshalb sagen wir auch klar: Präventionsarbeit in Flüchtlingsunterkünften muss endlich ausgebaut werden. Wir dürfen gefährdete junge Menschen nicht den Extremisten überlassen, weder im Netz noch in Notunterkünften.

(Beifall bei der SPD)

Islamistischer Terror ist eine reale Gefahr. Aber unsere Demokratie ist stark, wenn wir sie entschlossen verteidigen – mit klarem Blick, mit rechtsstaatlichen Mitteln und mit einem breiten Bündnis aus Staat und Zivilgesellschaft. Lassen Sie uns gemeinsam dafür sorgen, dass Bayern ein sicherer Ort bleibt für alle, die hier in Frieden leben wollen. Deshalb übernehmen wir die Abstimmungsvoten aus den Ausschüssen.

(Beifall bei der SPD)

Erster Vizepräsident Tobias Reiß: Nächster Redner ist für die CSU-Fraktion Kollege Prof. Winfried Bausback.

Prof. Dr. Winfried Bausback (CSU): Herr Präsident, Hohes Haus, Kolleginnen und Kollegen! Wer einen islamistischen Gottesstaat oder ein Kalifat in Deutschland fordert, will eine gänzlich andere Staatsordnung, eine Ordnung ohne Freiheit, ohne säkulare Rechtsordnung, ohne Menschenrechte, ohne Religionsfreiheit in unserem Verständnis und ohne eine Gleichberechtigung von Mann und Frau. Gruppierungen, die eine solche Forderung erheben und öffentlich für eine solche Forderung, wie beispielsweise für ein Kalifat, eintreten, sind Extremisten und Feinde unserer Demokratie sowie un-

seres Menschenrechtsverständnisses. Kolleginnen und Kollegen, deshalb ist es gut, dass über den islamistischen Extremismus hier in diesem Haus differenziert und offen diskutiert wird.

Aus Extremismus entwickelt sich oft Gewalt. Wir haben in der Vergangenheit Gewalt bei islamistischen Verbrechen erlebt: am 9. September 2001 in New York, bei Anschlägen in Madrid, Nizza oder auch bei uns in Ansbach, in Würzburg, am Breitscheidplatz in Berlin, in Mannheim, in Solingen oder auch in München. Der politische Islam greift unter dem Deckmantel der Religion zentrale Werte unseres Staates, unserer Gesellschaftsordnung an. An dieser Stelle muss sich der demokratische Staat wie bei anderen Formen des Extremismus mit Konsequenz, Wachsamkeit und Wehrhaftigkeit zeigen. Sonst wird im Sinne von Sir Karl Popper die Toleranz und die Freiheit dadurch gefährdet, dass Intolerante sie dazu missbrauchen, um die Toleranz und die Toleranten abzuschaffen. Kolleginnen und Kollegen, deshalb muss sich unser demokratischer, freiheitlicher Rechtsstaat gegen islamistischen Extremismus genauso wachsam wehren wie gegen Reichsbürger, Rechtsextremismus oder Linksextremisten wie zum Beispiel die jüngst verhaftete RAF-Terroristin Klette.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Die Anträge der Regierungskoalition stellen deutlich heraus, dass es nicht um den Islam als Weltreligion geht; denn den Islam als solchen gibt es nicht. Es gibt ganz viele Richtungen. Eine Auseinandersetzung mit dem islamistischen Extremismus muss differenziert erfolgen. Kolleginnen und Kollegen, ich beschäftige mich mit diesem Thema schon sehr lange. Ich habe in dieser Zeit sehr viele Menschen kennengelernt, auch sehr viele Muslime, die mit uns für unsere freiheitliche demokratische Ordnung, für unseren Rechtsstaat gegen Extremisten eintreten. Wer undifferenziert alle Mitbürgerinnen und Mitbürger muslimischen Glaubens mit einer Minderheit von Extremisten gleichsetzt, der schadet unserem Staatswesen und auch der Wehrhaftigkeit unserer freiheitlichen Demokratie. Deshalb ist es wichtig, dass wir differenzieren. Das tun die

Anträge, die Herr Kollege Dremel und Herr Kollege Hauber schon vorgestellt haben. Unsere Anträge differenzieren an dieser Stelle. Das ist wichtig und gut so.

Kolleginnen und Kollegen, es ist wichtig, dass wir nicht pauschal stigmatisieren, aber es ist auch wichtig, ehrlich gemeinte Debatten über den politischen Islam nicht als vermeintliche Muslimfeindlichkeit zu stören und zu beenden. Das ist in der Vergangenheit vonseiten der GRÜNEN und der SPD oft passiert. Gott sei Dank ist es heute anders. Heute sind wir weiter.

Der Freistaat Bayern – weil Herr Kollege Siekmann gefordert hat, stärker die Landesoptionen zu fokussieren – hat als Land der Bundesrepublik Deutschland seit Langem mit Konsequenz auf die Herausforderungen des Extremismus reagiert. Wir haben zum Beispiel im Jahr 2015/2016 die Einführung eines Programms gegen Islamismus und Radikalisierung im Strafvollzug aufgelegt. Wir haben eine Zentralstelle für Extremismusbekämpfung bei der Generalstaatsanwaltschaft München gegründet, die gerade in diesem Bereich sehr gut agiert und sich gerade auch dem islamistischen Extremismus widmet. Wir haben ein Netzwerk verschiedener Ressorts für Prävention und Deradikalisierung. All diese Maßnahmen greifen auch in der digitalen Welt, die Sie angesprochen haben.

Kolleginnen und Kollegen, leider waren wir auf Bundesebene in der letzten Legislaturperiode nicht immer so konsequent. Man hat vieles gefordert und vieles besprochen. Ein Beispiel ist jedoch bezeichnend. Kolleginnen und Kollegen der SPD und der GRÜNEN, im Jahr 2022 wurde zwar – das war richtig – das noch von Horst Seehofer eingesetzte unabhängige Expertengremium, der Expertenkreis Muslimfeindlichkeit, zu Recht verlängert, aber gleichzeitig wurde der ebenfalls unter Horst Seehofer als Innenminister eingerichtete Expertenkreis zum politischen Islam beendet. Das zeigt, dass wir an dieser Stelle im Bund in der letzten Legislaturperiode nicht alle Hausaufgaben gemacht haben. Deshalb ist es auch richtig, wenn sich einige der Anträge der Regierungskoalition auf die Bundespolitik beziehen und die Staatsregierung aufgefordert wird, entsprechende Initiativen einzuleiten.

Ein wichtiger Punkt ist schon angesprochen worden: Wir müssen es endlich schaffen, Geldströme aus dem Ausland, die Radikalisierung befördern und extremistische Moschee-Gemeinden unterstützen, transparent zu machen, damit sie nicht mehr im Verborgenen agieren können. Wir brauchen die volle Transparenz bezüglich solcher Geldflüsse und Einflussnahmen. Extremistische Moschee-Vereine, die beispielsweise Gewalt verherrlichen, müssen konsequent verboten werden. Dafür müssen wir die Einflussnahme aus dem Ausland deutlich machen. Moscheen und religiöse Einrichtungen dürfen eben nicht Echoräume für Propaganda und Extremismus werden.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Kolleginnen und Kollegen, es gab eine sehr gute Anhörung im Innenausschuss und eine Anhörung zum Antisemitismus im Wissenschaftsausschuss, die zumindest auch Teile dieser Problematik berührt haben. Es ist richtig und wichtig, dass sich das Hohe Haus mit dem islamistischen Extremismus und dem politischen Islam beschäftigt. Wir müssen auch Folgerungen daraus ziehen.

Erster Vizepräsident Tobias Reiß: Achten Sie bitte auf Ihre Redezeit, Herr Kollege.

Prof. Dr. Winfried Bausback (CSU): Deshalb werbe ich dafür, dass Sie den Anträgen der Regierungskoalition an dieser Stelle zustimmen.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Erster Vizepräsident Tobias Reiß: Bleiben Sie bitte am Rednerpult. – Herr Kollege Jörg Baumann von der AfD-Fraktion hat sich für eine Zwischenbemerkung gemeldet.

Jörg Baumann (AfD): Herr Bausback, zu Beginn Ihrer Rede haben Sie gesagt, wer ein Kalifat fordere, wäre ein Extremist. Jetzt habe ich einmal eine Verständnisfrage. Ihr Kollege von der CDU, Herr Haldenwang, hat, als er noch Chef des Verfassungsschutzes war, gesagt: Ein Kalifat ist eine denkbare Staatsform. – Diese zwei Aussagen beißen sich. Entweder hat Herr Haldenwang gelogen, oder Sie haben eben den Staat

delegitimiert und wären damit selber ein Fall für den Verfassungsschutz. Was stimmt denn jetzt?

Prof. Dr. Winfried Bausback (CSU): Herr Baumann, das ist eine relativ krude Aussage. Ich kenne das Zitat von Herrn Haldenwang an der Stelle nicht.

(Zurufe von der AfD: Oh!)

Leider Gottes sind auch Diktaturen wie in Russland, die Sie offensichtlich sehr positiv sehen, denkbare Staatsformen, die aber aus unserem Staatsverständnis heraus abzulehnen sind.Genauso, wie ich eine Diktatur sowjetischer oder russischer Art ablehne, lehne ich die Vorstellung eines Kalifats ab, weil ein Kalifat eine Staatsform ist, die gegen die Freiheit und gegen unser Rechtsverständnis verstößt. Das ist meine Meinung. Ich denke, das ist auch die Meinung mindestens der allermeisten, wahrscheinlich aller Unionspolitiker.

(Beifall bei der CSU – Ferdinand Mang (AfD): Der "meisten"! – Andreas Winhart (AfD): Der "meisten"!)

Erster Vizepräsident Tobias Reiß: Als nächstem Redner erteile ich dem Kollegen Horst Arnold für die SPD-Fraktion das Wort.

Horst Arnold (SPD): Herr Präsident, Kolleginnen und Kollegen! Ich bin meinem Vorredner dankbar, dass er Wert auf eine Differenzierung gelegt hat. Wer jemals einen Gegner verfolgt hat, und sei es auch im Rahmen der Strafverfolgung, muss wissen, wie sein Gegner tickt und vor allem, was dahintersteckt. Wir können es uns nicht erlauben, pauschal oder gleichmachend wie mit einem Rasenmäher ganze Bevölkerungskreise zu verunglimpfen und möglicherweise dadurch zu ihrer Radikalisierung beizutragen. Man muss vielmehr von vornherein die Guten von den Schlechten trennen.

In Bezug auf die Grundermittlungen sind Anschaffungen wichtig; das ist nachvollziehbar, wenn Sie wissen, wie viele Dialekte es im Arabischen gibt, wenn Sie wissen, wie

viele unterschiedliche Sprachen gesprochen werden und wie schwierig es ist, sachverständige Dolmetscher zu bekommen, um ein abgehörtes Gespräch überhaupt zu entschlüsseln. Dabei könnten Missverständnisse auftauchen, die einem Rechtsstaat nicht gut zu Gesicht stehen; wenn nämlich bei Unschuldigen durchsucht wird und bei Unschuldigen Haftbefehle vollstreckt werden, weil ein Übersetzungsfehler vorliegt. Wer so etwas kennt, weiß, dass der Teufel im Detail steckt. Deswegen ist es wichtig, dass wir Geld in die Hand nehmen, um die Grundlagen der Strafverfolgung zu sichern. Das ist ein Postulat der SPD.

Lassen Sie uns gemeinsam daran arbeiten, anstatt an unterschiedlichen Nuancen mit Anträgen herumzufingern. Alles geht in die richtige Richtung – bis auf das Pauschalisieren. Wir dürfen nicht alles gleichmachen wie mit einem Rasenmäher. Wer das dennoch denkt, betreibt seinen Rasenmäher wohl noch mit Benzin aus russischen Ölquellen.

(Beifall bei der SPD sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER – Anna Rasehorn (SPD): Eine sehr gute Rede! – Lachen bei der AfD)

Erster Vizepräsident Tobias Reiß: Weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor. Damit ist die Aussprache geschlossen. Wir kommen zur Abstimmung. Die Fraktionen sind übereingekommen, dass über alle zwölf Anträge gemeinsam abgestimmt werden soll. Zugrunde gelegt werden die jeweiligen Voten im federführenden Ausschuss für Kommunale Fragen, Innere Sicherheit und Sport. Dieser empfiehlt die Anträge der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN auf den Drucksachen 19/5026 mit 19/5029, den Antrag von Abgeordneten der SPD-Fraktion auf Drucksache 19/4671 sowie den Antrag der AfD-Fraktion auf Drucksache 19/5084 jeweils zur Ablehnung. Die Anträge von Abgeordneten der CSU-Fraktion sowie der Fraktion FREIE WÄHLER auf den Drucksachen 19/5098 mit 19/5103 werden zur Zustimmung empfohlen.

Wer mit der Übernahme seines Abstimmungsverhaltens bzw. des Abstimmungsverhaltens seiner Fraktion einverstanden ist, den bitte ich um das Handzeichen. – Das

sind die Fraktionen der CSU, der FREIEN WÄHLER, der AfD, der GRÜNEN und der SPD. Gegenstimmen? – Keine. Stimmenthaltungen? – Keine. Damit übernimmt der Landtag diese Voten. Das heißt, die Anträge der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, der Antrag von Abgeordneten der SPD-Fraktion sowie der Antrag von AfD-Fraktion sind abgelehnt. Den Anträgen von Abgeordneten der CSU-Fraktion sowie der Fraktion FREIE WÄHLER ist zugestimmt worden.

Ich gebe nun das Ergebnis der vorher durchgeführten Wahl einer Vizepräsidentin des Bayerischen Landtags, Tagesordnungspunkt 4, bekannt. Gewählt ist, wer mehr als die Hälfte der abgegebenen gültigen Stimmen erhält. Bei der Ermittlung der erforderlichen Mehrheit werden Enthaltungen nicht berücksichtigt. An der Wahl haben 167 Abgeordnete teilgenommen. Keine Stimme war ungültig. Auf die Abgeordnete Elena Roon entfielen 29 Ja-Stimmen und 136 Nein-Stimmen. Zwei Abgeordnete haben sich ihrer Stimme enthalten. Damit hat die Abgeordnete Elena Roon die erforderliche Mehrheit der Stimmen nicht erreicht. Der Tagesordnungspunkt 4 ist damit erledigt.

Ich gebe noch das Ergebnis der vorher durchgeführten Wahl einer Schriftführerin des Bayerischen Landtags, Tagesordnungspunkt 5, bekannt. Auch hier ist gewählt, wer mehr als die Hälfte der gültigen Stimmen erhält. Bei der Ermittlung der erforderlichen Mehrheit werden Enthaltungen nicht berücksichtigt. An der Wahl haben 166 Abgeordnete teilgenommen. Keine Stimme war ungültig. Auf die Abgeordnete Christin Gmelch entfielen 29 Ja-Stimmen und 136 Nein-Stimmen. Ein Abgeordneter oder eine Abgeordnete hat sich seiner bzw. ihrer Stimme enthalten. Damit hat Frau Abgeordnete Christin Gmelch die erforderliche Mehrheit der Stimmen nicht erreicht. Der Tagesordnungspunkt 5 ist damit erledigt.